

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
186 · Ausgabe BL·BS · Januar 2020



Bezahlbare Wohnungen sind unser Zuhause

WOHNEN IST EIN GRUNDBEDÜRFNIS JEDES MENSCHEN. PROFIT AUS GRUNDBEDÜRFNISSEN ZU ZIEHEN BEDEUTET GROSSE UNGERECHTIGKEITEN. DESWEGEN BRAUCHT ES SCHRANKEN FÜR INVESTOR*INNEN, NICHT NUR IN UNSERER REGION. DIE INITIATIVE «MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN» FORDERT KONKRETE MASSNAHMEN FÜR DIE GANZE SCHWEIZ. WIR SAGEN KLAR JA AM 9. FEBRUAR!



Alexandra Dill
Grossrätin SP BS



Florian Schreier
Vorstand SP Birsfelden

Wohnen müssen wir alle. Wir alle brauchen einen Rückzugsort, wo wir geschützt sind und uns wohl fühlen – wo wir zu Hause sind. Wohnen ist ein grundlegendes Bedürfnis.

Wohnen ist aber spätestens seit den tiefen Zinsen anderer Anlagen auch ein Profitfeld für Investitionen. Und diese beiden Ansprüche vertragen sich schlecht. Steigende Mieten, tiefe Leerwohnungsbestände, tiefe Wohnsicherheit und teilweise fehlende soziale Durchmischung sind Folgen dieser Entwicklung.

Steigender Druck auf die Mieten

Die Schweiz ist ein Land von Mieter*innen. Ihr Raum, in dem sie sich geborgen fühlen, darf kein Renditeobjekt sein. Die aktuelle Situation entwickelt sich aber gegenteilig: Der Druck auf die Mieten nimmt stetig zu und der Mietzins nimmt einen immer grösseren Teil des Haushaltsbudgets ein.

Das Spiel des Marktes funktioniert hier nicht: Statt der Nachfrage nachzukommen, sind die Leerwohnungsbestände in der Region Basel auf tiefstem Niveau, so dass gemäss Definition eine Wohnungsnot besteht. Statt dass mehr bezahlbare

Wohnungen angeboten würden, entstehen teurere; die Preise steigen, Menschen werden aus ihrem Quartier vertrieben.

Die Bundesverfassung fordert, dass «Wohnungsuchende für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können». Die nationale Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will diesen Verfassungsauftrag endlich umsetzen.

Bedürfnisorientierten Wohnungsbaus vorantreiben

Die Initiative fordert eine gezielte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und verlangt von Bund und Kantonen, in der Wohnpolitik aktiver zu werden. Sie fördert den Erwerb von Wohneigentum für den Eigenbedarf und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Gemeinnützige Wohnbauträger sind bedürfnis- statt renditeorientiert, bieten eine hohe Wohnsicherheit und sorgen für eine gute soziale Durchmischung. Ihr Wohnraum ist langfristig 30 Prozent günstiger.

Die Initiative für «mehr bezahlbare Wohnungen» stellt zudem

sicher, dass Programme zur Förderung von Sanierungen nicht zum Verlust von preisgünstigem Wohnraum führen. Und sie bringt auch den Städten und Gemeinden einiges. Denn der bedürfnisorientierte Wohnungsbau bietet den Menschen eine langfristige Perspektive. Sie werden eher Teil eines Quartiers und engagieren sich dementsprechend. Davon profitieren die Nachbarschaften, die Vereine und die Menschen.

Vorkaufsrecht und mindestens 10 Prozent gemeinnützig

Die Initiative ermächtigt die Kantone und die Gemeinden, für sich ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke einzuführen. Damit können diese Grundstücke der Spekulation entzogen werden: Wohnen für alle statt Rendite für wenige. Gesamtschweizerisch sollen mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen im Eigentum gemeinnütziger Trägerschaften sein.

Dies sind zwei Massnahmen, welche konkrete Schranken für Investor*innen mit sich bringen. Damit werden wichtige Ecksteine für eine soziale Wohnungspolitik in der Schweizer Verfassung verankert.

Unsere Bundesrichterin Kathrin Klett wird pensioniert

Kathrin Klett, langjähriges Mitglied der SP Baselland, ist am 11. Dezember 1991 von der Bundesversammlung als erst zweite Frau nach Margrith Bigler-Eggenberger (auch sie von der SP) als Bundesrichterin gewählt worden. Zuvor war sie in Pratteln als Anwältin, am Verwaltungsgericht unseres Kantons als Richterin und am Bundesgericht als Ersatzrichterin tätig gewesen. Am Bundesgericht gehörte sie zuerst der ersten öffentlich-rechtlichen und ab 1993 der ersten zivilrechtlichen Abteilung an, die sie von 2009 bis 2014 präsidierte. Ende 2019 hat sie ihr Amt aufgegeben.

Viele Entscheide des Bundesgerichts tragen ihre Handschrift, vor allem im Bereich des Immaterialgüter- und des Patentrechts. Die Nationalratspräsidentin hat sie in der Wintersession wie folgt gewürdigt: *L'étendue de ses connaissances juridiques, l'extrême précision de ses formulations et son inépuisable motivation ont fait de Mme Klett un exemple au sein de la Cour suprême.* Als damaliger Präsident der SP Baselland sass ich mit Kathrin bei ihrer Wahl zum ersten Mal auf der Angehörigentribüne des Nationalratssaals, ein Ereignis nicht nur für sie, sondern auch für mich. Ich habe geschätzt, dass sie in all den Jahren seit ihrer Wahl in unserer Partei präsent blieb. Die richterliche Unabhängigkeit hat sie hochgehalten. Auch wenn ein Entschcheid ausnahmsweise nicht zu unserer politischen Agenda passte – ich denke an ein Urteil zu Parallelimporten –, war dies unserer Verbundenheit nicht abträglich. Denn auch für die SP ist die Gewaltenteilung sakrosankt.

Im Namen der SP Baselland danke ich Kathrin für ihre Arbeit und wünsche ihr alles Gute.

Claude Janiak, e. Ständerat

Von Wolfram und Staubsaugern

«Es darf nicht sein, dass ein Arbeiter ganze acht Monate pro Jahr dafür arbeiten muss, um das für seine Arbeit notwendige Werkzeug zu finanzieren, acht Monate!» Diese unfassbare Realität im Wolfram-Abbau in Südamerika habe sie politisiert, erzählte Jacqueline Badran am traditionellen Dreikönigstreffen bei der SP Muttenz. JUSO-Präsidentin Ronja Jansen hatte Jacqueline Badran gefragt, wie sie, im bürgerlichen Milieu am Zürichberg aufgewachsen, zur Sozialdemokratin geworden sei. Heute wüssten jene, die sich bürgerlich nennen, nicht mehr, dass sich die bürgerliche Revolution gegen die Privilegien einzelner gerichtet hatte, entgegnete Jacqueline Badran. In ihrer Jugend sei das noch anders gewesen, es hätte auch eine Freisinnige aus ihr werden können. Wäre da nicht die Wolfram-Geschichte gewesen.

Seit Jahren prägt die Zürcherin die Wohn- und Bodenpolitik der SP entscheidend mit. «Der Immobilienmarkt saugt die Kaufkraft der Bevölkerung ein», ereiferte sich Badran im Gespräch. So lägen die Mietpreise im Schnitt um 40 Prozent über dem Niveau, das vom Gesetz eigentlich vorgesehen wäre. Mit mehr gemeinnützigem Wohnbau ändere sich dies. «Deshalb ist die Initiative für mehr bezahlbare Wohnungen, über die wir am 9. Februar abstimmen, so wichtig!»

Abschliessend ermahnte sie die Anwesenden, dass die SP besser werden müsse im verständlichen Benennen der eigenen Ziele und Errungenschaften. «Die Sozialdemokratie braucht es in diesem Jahrhundert nicht weniger dringend als im letzten.»

Ima



Bilder: Felix Eichenlaub

STELLEN-AUSSCHREIBUNGEN

Präsidium Zivilkreisgericht West: 100%-Stelle, per 1. Juli 2020
KantonsrichterIn im Nebenamt: per 1. April 2020

Wahlvoraussetzung: juristische Ausbildung. Interessierte bewerben sich bis zum 31. Januar 2020 bei der Fraktionspräsidentin Miriam Locher (miriam-locher@bluewin.ch). Die SP ist nominationsberechtigt und wird den Wahlvorschlag dem Landrat unterbreiten.

Schulrat Gymnasium Oberwil, Amtsperiode 1.8.2020 bis 31.7.2024:
Bewerbungen bis 5. Februar 2020 an Parteisekretär Ruedi Brassel (ruedi.brassel@sp-bl.ch).

AGENDA SP BL

- Sonntag, 9. Februar 2020
Gemeindewahlen und Abstimmungssonntag
- Samstag, 28. März 2020
Geschäftsdelegiertenversammlung
- Mittwoch, 25. März 2020, 19.30 Uhr
Sessionsbericht
- bis 31. Mai 2020
Projektideen Initiative eingeben
www.sp-bl.ch/initiative

Klimapolitik statt Blechlawine

Der Kanton Basel-Stadt hat es in den letzten Jahren geschafft, die Lebensqualität zu erhöhen, indem der motorisierte Verkehr um 6 Prozent abgenommen hat. Das gesetzliche Ziel – eine Reduktion um 10 Prozent – wurde nicht ganz erreicht. Aber ein wenig mehr Platz, ein wenig weniger Lärm, ein wenig bessere Luft haben wir heute. Immerhin. Die Menschen schätzen das, die Bevölkerungszahl ist gestiegen, insbesondere junge Familien entscheiden sich wieder für ein Leben in der Stadt. Diese Errungenschaften wollen die beiden Auto-Initiativen des Gewerbeverbandes preisgeben:

Die Verkehrsreduktion soll als Ziel aus dem Gesetz verschwinden, auf Kosten der Sicherheit soll öffentlicher Raum für Parkplätze zwangsverschwendet werden – jeder aufgehobene Strassen-Parkplatz müsste auf Allmend (!) ersetzt werden. Verkehrsbeschränkende Massnahmen wie LKW-Fahrverbote auf Quartierstrassen und die Bevorzugung des öffentlichen und des Langsam-



Lisa Mathys, Grossrätin



Kaspar Sutter, Grossrat

verkehrs sollen aus dem Gesetz gestrichen werden. Diese Politik stellt allein das Auto in den Mittelpunkt und widerspricht den Interessen der Menschen, die hier leben. Sie untergräbt auch alle Bemühungen um mehr Klimaschutz. Mehr Autos bedeuten heute und in naher Zukunft mehr Verbrennungsmotoren und damit mehr CO₂-Ausstoss.

JA zum Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag stellt die Lebensqualität ins Zentrum und geht einen zeitgemässen Weg. Er legt Kriterien für umweltfreundlichen Verkehr im Gesetz fest. Durch die Förderung innovativer, emissionsarmer und flächeneffizienter Verkehrsformen und -modelle soll die Lebensqualität der Bevölkerung weiter steigen. Aktuell werden immer noch zu viele übermotorisierte Geländefahrzeuge gekauft, deshalb ist die politische Steuerung nötig. Das gesetzlich definierte Ziel des Gegenvorschlags orientiert sich am Pariser Klima-Abkommen: Bis 2050 soll nur noch emissionsarmer Verkehr unterwegs sein in Basel-Stadt. Das wird den städtischen Raum entlasten und unseren Kanton noch lebenswerter machen.



DANKE, LIEBE NICOLE!

Über 16 Jahre warst du ein wichtiger Bestandteil des Parteisekretariats. Du hast die Höhen und Tiefen der SP Basel-Stadt so nah miterlebt wie kaum eine andere Person. Du hast über die Jahre wohl in allen Bereichen der Partei mitgewirkt. Auf deinen vollen Einsatz und deine Loyalität zur Partei war immer Verlass. Du hast einen wichtigen Teil zum Erfolg der SP Basel-Stadt der letzten Jahre beigetragen.

Loszulassen ist niemandem von uns leicht gefallen. Wir mögen es dir aber von Herzen gönnen, dass du eine passende neue Herausforderung für dich gefunden hast.

Im Namen der SP Basel-Stadt sagen wir vielen herzlichen Dank für deine hervorragende Leistung und viel Erfolg bei deiner neuen Arbeit. Wir freuen uns alle auf ein baldiges Wiedersehen mit dir!

Herzliche Grüsse
Pascal, Beda, Livia und Dariyusch



PAROLEN SP BASEL-STADT FÜR DEN 9.2.2020

Kantonal	Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer»	Nein
	Initiative «Zämme fahre mir besser»	Nein
	Gegenvorschlag zur Initiative	Ja
	Stichfrage	Gegenvorschlag
National	Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen	Ja
	Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)	Ja

AGENDA SP BS

- Samstag, 1. Februar 2020, 9.30–15 Uhr, inkl. Mittagessen
Bildungsreihe: Racial Profiling
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 1. Stock
- Sonntag, 9. Februar 2020, 12.00 Uhr
Abstimmungssonntag
- Donnerstag, 20. Februar 2020, 20 Uhr
Nominations-Delegiertenversammlung Grossratswahlen
Grosser Saal, Union

AUS DEM GROSSEN RAT

Einwohner*innenstimmrecht für Basel

WÄHREND IN DER WESTSCHWEIZ MENSCHEN OHNE BÜRGERRECHT SCHON VIELERORTS POLITISCH MITENTSCHEIDEN KÖNNEN, IST IHNEN DIES IN DER DEUTSCHSCHWEIZ VERWEHRT. BASEL-STADT KÖNNTE EINE PIONIERROLLE EINNEHMEN UND MIT DEM EINWOHNER*INNENSTIMMRECHT DAS WACHSENDE DEMOKRATIEDEFIZIT BEHEBEN.

Aktuell liegt der Anteil der Wohnbevölkerung ohne Schweizer Staatsbürgerschaft im Kanton Basel-Stadt bei über 35 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung. Drei Viertel von ihnen sind in der Schweiz geboren oder leben seit mehr als zehn Jahren im Kanton. Sie sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft, haben wichtige Funktionen in der Wirtschaft, engagieren sich im Quartier und nehmen an kulturellen Anlässen teil. Hingegen haben sie keine Möglichkeit, am politischen Prozess mitzuwirken.

Röstigraben

Bei einem Blick auf die Schweizer Landkarte zeigt sich hier der Röstigraben. In den Kantonen Jura, Neuchâtel, Waadt, Genève und Freiburg dürfen Einwohner*innen ohne

Schweizer Bürgerrecht schon seit vielen Jahren auf kommunaler Ebene abstimmen und wählen. Der Reflex zur Abgrenzung ist in der Deutschschweiz grösser. Obwohl unsere Gemeinden in Basel-Stadt das Ausländerstimmrecht einführen dürften, hat bisher noch keine Gemeinde von diesem Recht Gebrauch gemacht.

Wachsendes Demokratiedefizit beheben

Wir können es uns nicht mehr leisten, diesen grossen Teil der Bevölkerung von der Mitsprache darüber auszuschliessen, wie sich der Kanton entwickelt. Wir widersprechen sonst der Grundregel der Demokratie. Wer sich dauerhaft niederlässt, sich an die Gesetze hält und die Steuern bezahlt, sollte auch poli-



Edibe Gölgeli, Grossrätin

tisch mitbestimmen können, mindestens auf kommunaler Ebene, wo die Beschlüsse die Menschen im Alltag ganz direkt betreffen. Dies ist heute wichtiger denn je: das statistische Amt hat kürzlich darauf hingewiesen, dass wir in 10 Jahren weniger als 50 Prozent Stimmberechtigte haben werden. Konkret würde also künftig eine Minderheit über eine Mehrheit bestimmen können! Das ist keine Demokratie, sondern ein Demokratiedefizit.

Im Dezember 2019 haben wir eine Motion im Grossen Rat überwiesen, um diesen Missstand zu beheben. Die Motion liegt nun zur ersten Stellungnahme beim Regierungsrat. Ob die Motion auch zur Umsetzung überwiesen werden kann, wird sich im Frühjahr 2020 zeigen.

AUS DEM LANDRAT

Nicht alles ist möglich – aber mehr

Die SP-Fraktion kann in der neuen Legislatur Vorstösse durchbringen, die in der alten Zusammensetzung des Parlaments wohl kaum eine Chance gehabt hätten. Das ist meine Erkenntnis nach den ersten sechs Monaten als Landrat. Beispiele dafür sind die Überbrückungsrente und die Anlaufstelle für Migrantinnen und Migranten in Baselland.

In ihrem Vorstoss forderte unsere Fraktionspräsidentin Miriam Locher zu prüfen, ob im Baselbiet mit der Einführung einer Überbrückungsrente bis zum Erreichen des AHV-Alters Stellensuchende über 50 vor dem Abrutschen in die Sozialhilfe bewahrt werden können. Für die Betroffenen wird es immer schwieriger, eine Stelle zu finden. Neueste Zahlen aus mehreren Kantonen belegen dies. Demnach werden 51 Prozent der Stellenlosen im



Roger Boerlin, Landrat

Alter über 60 angestellt. Das bedeutet: Gut die Hälfte der Personen, die ab 58 ihre Stelle verlieren, finden innerhalb von zwei Jahren keinen neuen Job. Einer der Gründe dafür sind auch die steigenden Pensionskassenbeiträge. Für die Betroffenen ist es enorm demoralisierend, sich nach einem langen Arbeitsleben so aus dem Arbeitsprozess verabschieden zu müssen. Diese Argumente vermochten zu überzeugen. Entgegen dem Antrag der Regierung wurde das Postulat mit 46:35 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

Rettung in letzter Minute

In der Budgetdebatte wurde der Antrag von Bianca Maag-Streit auf Wiederaufnahme von 70'000 Franken an die Anlaufstelle für Asylsuchende Baselland mit 43:41 Stimmen gutgeheissen. So konnte die Schliessung

der Anlaufstelle im letzten Moment verhindert werden. Betroffen hätte dies vor allem jene Asylsuchenden, die vom Bund abgelöst worden sind – aber auch Sozialdienste und Institutionen in den Gemeinden. Ihnen steht nun weiterhin eine Rechtsberatung zur Seite, welche sie unterstützen kann.

Bei anderen Anliegen – insbesondere für den Umwelt- und Klimaschutz – kommen wir immer noch kaum voran. Dennoch habe ich den Eindruck, dass zumindest die sozialpolitischen Themen im neuen Landrat etwas an Bedeutung gewonnen haben. Das motiviert mich, als neues Parlamentsmitglied meinen Beitrag zu fortschrittlichen Entscheidungen zu leisten, im Interesse jener Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.